



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

††: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

halten den Mund etwas vollnehmen und daß die Thatsachen den hochtrabenden Worten nicht entsprechen.

Wir wollen diese militärischen Angelegenheiten hier vorläufig bei Seite lassen und zum Schlusse dieses Artikels nur noch des weitern diplomatischen Schrittes gedenken, welchen die vier Länder Anfangs October thaten, um ihre Vereinigung in beständigem Hinblick auf den Anschluß an Piemont zu vollenden. Um diese Zeit traten Farini für Parma und Modena, Nicasoli für Toscana, Cipriani und Minghetti für die Romagna zusammen, um sich über die besten Wege zu dem vollen Anschluß an Piemont zu besprechen. Hier ward ausgemacht, daß man eine gemeinsame Regentschaft über die vier Länder aufrichten und dieselbe dem Vetter des Königs Victor Emanuel, dem Prinzen von Carignan, Eugen von Savoyen antragen wolle. Dieser Beschluß schließt eine Krisis in der italienischen Angelegenheit in sich, und wir werden daher späterhin, in der Zeit, da er zur Ausführung kommen sollte, noch manches von ihm zu reden haben. Für jetzt begnügen wir uns, ihn zu erwähnen. Im nächsten Artikel werden wir zuvörderst einige Blicke auf die inneren Angelegenheiten der vier Länder werfen.

W. Rüstow.

Von der preussischen Grenze.

Wenn man diesmal der Session des preussischen Landtags mit größerer Spannung entgegensteht als je, so liegt der Grund zum Theil in dem dunklen aber allgemeinen Gefühl, daß die deutschen Zustände aus dem Dämmerleben, in welchem sie sich mehr als ein Menschenleben bewegt haben, heraustreten und immer schneller einer Entscheidung zueilen. Immer lauter wird die Ueberzeugung bei Freunden wie bei Gegnern, daß die bisherige Stellung Preußens zum übrigen Deutschland nicht mehr haltbar, und daß nach der einen oder anderen Seite hin eine entscheidende Veränderung eintreten muß.

Als Friedrich der Große 1740 den alten Reichskörper zu zertrümmern anfing, betrachtete man es von österreichischer Seite zwar als eine Rebellion, im deutschen Volk dagegen wurde der Name des großen Königs, namentlich nach den Thaten des siebenjährigen Kriegs das Stichwort für den deutschen Nationalruhm. Nach dem Frieden von Hubertsburg begann Oestreich im Wesentlichen denselben Weg einzu-

schlagen, der im Grunde seit der goldenen Bulle der historische Weg des deutschen Fürstenthums und nur durch einige Episoden, namentlich durch die Regierungen Carl des Fünften und Ferdinand des Zweiten unterbrochen war. Die Stellung der beiden Höfe wurde nun so, daß einer den andern in seiner Arrondirungspolitik möglichst zu hindern suchte, daß er aber, wo dies nicht anging, für jedes Wachstum seines Rivalen seinerseits eine Entschädigung verlangte, um das sogenannte Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Der dritte im Bunde und der am meisten gewann, war Rußland. Diese Politik dauerte von 1763—1790; wenn man sie zuweilen hinter patriotische Formeln zu verstecken suchte, so war die Absicht dabei nicht etwa, irgendwen zu täuschen.

Mit der Entfernung Herzbergs und der Regierung der Geistesleher erfolgt in der preussischen Politik ein großer Umschlag. Nicht als ob man die alten Ideen ganz aufgegeben hätte; aber es spielen dazwischen auch andere Motive mit, die alle Consequenz aufheben. Mit dem Frieden von Basel kehrt Preußen wieder zu seiner früheren Rolle zurück.

Man hat die preussische Politik von 1795—1805 hart verurtheilt, und der Erfolg gibt diesem Urtheil recht, denn sie ist zum Verderben Preußens und Deutschlands ausgeschlagen. Der Grund davon liegt aber nicht in dem Princip selbst, sondern theils darin, daß ihre Führung ganz unfähigen Personen anheimfiel, theils darin, daß sie im Lande unpopulär war. Zuletzt hatte man alle Haltung verloren; man ließ sich von der zufälligen Empfindung des Augenblicks bestimmen, und da man einen eisernen Willen sich gegenüber hatte, so war die natürliche Folge, daß der Staat zusammenbrach. Die Rheinbund-Fürsten, die solche Bedenken nicht kannten, denen der Gedanke, Deutschland dem Ausland gegenüber zu vertreten, gar nicht einfiel, standen sich besser bei der nämlichen Politik.

Preußens Wiedergeburt erfolgte durch die Erweckung des deutschen nationalen Geistes, und indem Preußen die erste Rolle in dem Freiheitskampf spielte, indem es die gewaltigsten Opfer dafür brachte, machte es den Schaden wieder gut, den es durch seine frühere Schwäche und Haltlosigkeit Deutschland zugefügt hatte. Denn über diesen Punkt wird wohl alle Welt einig sein: die altpreussische Politik kann nur dann durch den Erfolg gerechtfertigt werden, wenn dieser Erfolg nicht bloß Preußen, sondern auch Deutschland zu gute kommt; wenn mit dem Wachstum und dem Fortschritt Preußens auch das Wachstum und der Fortschritt Deutschlands verbunden ist.

Obgleich 1814 und 1815 Preußen nicht unerheblich vergrößert wurde, hatte doch in diesen Jahren die altösterreichische Politik über die altpreussische einen entscheidenden Sieg davongetragen. Ein Blick auf die Karte genügt, dies zu erweisen: Oestreich ging aus den Unruhen als ein wohl abgerundeter strategisch geschlossener und erweiterungsfähiger Staat hervor, dessen Machtentwicklung in Italien und in der Türkei noch eine reiche Beute bevorstand, Preußen als ein zerstückelter, zerfasertes Organismus, der um seines Fortbestehens willen gewissermaßen von dem guten Willen der kleinen Nachbarn und Enclaven abhängig war und dem das nun geheiligte Recht der Bundesacte jede Erweiterung abschchnitt. Oestreich feierte noch einen zweiten Sieg: durch das Gespenst der Revolution verstrickte es Preußen in eine reactionäre Politik, die gerade dasjenige erstickte, wodurch Preußen groß geworden

war und allein groß werden konnte, die Entwicklung der nationalen Kraft. In dem Kampf gegen die Revolution, d. h. gegen die Freiheit, mit Preußen vollkommen einig, erfreute sich Oestreich einer mächtigen Stellung nach außen, wie sie kaum das alte Kaiserthum besaßen, und überließ dem gebundenen Rivalen das unschuldige Vergnügen, kleine Intriguen anzuzetteln und am Bundestag gemeinschaftlich mit Oestreich, was Oestreich wollte, herrisch zu decretiren. Denn nach den andern Bundesfürsten wurde gar nicht gefragt, und als der Stoß von 1830 an einigen Orten Deutschlands ein zwar enges aber doch unbequemes Verfassungsleben hervorrief, sprach sich Metternich diesen Fürsten gegenüber zuweilen sogar als ein sehr ungnädiger Gebieter aus, auch darin des preußischen Beifalls gewiß.

Nur in einem Punkt hatte sich Metternich verrechnet: seine europäische Machtstellung war im eigenen Lande durch die Niederhaltung aller Cultur und durch den wirtschaftlichen Ruin erkauft, und den Werth dieser Kräfte für die Macht des Staatslebens richtig anzuschlagen, hatte er vergessen. Preußen behielt zunächst seine gesunde wirtschaftliche Basis und benutzte dieselbe zum Zollverein, der ihm wenigstens scheinbar die Hegemonie über den größeren Theil von Deutschland gab, wenn er auch in der That seine freie Bewegung noch mehr einengte; und wenn für das geistige Leben im Großen nichts geschah, so wurde es doch wenigstens nicht systematisch unterdrückt und lebte daher selbstständig fort.

Mit der Thronbesteigung des Königs Friedrich Wilhelm des Vierten begann Preußen eine neue Bahn einzuschlagen. Die Presse erhielt eine freiere Bewegung, man nahm die ständischen Verhältnisse wieder ernsthafter vor, und trotz des beständigen Schwankens, des Mißtrauens gegen den Volksgeist und der gelegentlichen Rückschritte kam es doch 1847 zum vereinigten Landtage: ein Ereigniß von ungeheurer Wichtigkeit, da dem preußischen Volk dadurch das Mittel gegeben war, sich selbst als Nation zu fühlen und sich mit dem übrigen Deutschland in Verbindung zu setzen. Denn als letztes Resultat des Verfassungslebens in den kleinen Staaten hatte sich die Ueberzeugung herausgestellt, daß ein wahres Verfassungsleben sich nur in einem größeren Staat entwickeln könne. Und so war der Gedanke, aus denjenigen Ländern Deutschlands, die eine Verfassung hatten, ein gemeinsames Parlament und also einen gemeinsamen Bundesstaat herzustellen, der logische Abschluß der ganzen früheren Bewegung. Dieser Abschluß wurde durch die Reichsverfassung vom 28. März 1849 formulirt, und die Weidenbuschpartei, welche dieselbe zu Stande gebracht, glaubte um so mehr in ihrem Recht zu sein, als sich Oestreich kurz vorher gleichfalls als constitutioneller Einheitsstaat constituirt hatte. Die Idee war also: auf der einen Seite ein aus verschiedenen Nationen zusammengesetzter mit Provincial- und Reichsverfassung ausgestatteter Kaiserstaat, auf der anderen ein Bundesstaat unter preußischem Directorium mit Beibehaltung der alten Fürstenthümer und der alten Landesverfassungen, doch so, daß die allgemeinen Angelegenheiten vor ein deutsches Parlament kämen; beide Gruppen durch ein ewiges Friedensbündniß miteinander verknüpft.

Im Allgemeinen stimmte diese Idee ganz mit dem überein, was Friedrich Wilhelm sich vorgesetzt hatte. War ihm auch der revolutionäre Ursprung dieser Verfassung verhaßt und lehnte er deshalb die Kaiserwürde ab, die ihm ohnehin als ein Unrecht gegen Oestreich erschien, so enthielten doch das Dreikönigsbündniß und die Union denselben Gedanken. Daß Baiern sich ausschloß, war ihm vielleicht — ob-

gleich wir darüber durchaus nicht unterrichtet sind — nicht zuwider; vielleicht dachte er sich, daß Oestreich durch eine süddeutsche Union bestimmt werden könnte, die norddeutsche Union gewähren zu lassen. Vielleicht wäre es in der That für Oestreich damals der weiseste Entschluß gewesen.

Statt dessen schlug Oestreich mit russischer Hilfe die Ungarn zu Boden; die Sonderverfassungen der einzelnen Kronlande wurden zu Gunsten der Reichsverfassung aufgehoben; die Reichsverfassung hatte dasselbe Schicksal, der militärische Einheitsstaat wurde errichtet, und mit dieser scheinbar ungeheuren Macht ausgestattet, beanspruchte Oestreich nichts weniger als die Gründung eines mitteleuropäischen Reichs, das im Wesentlichen das alte römische Kaiserreich erneuern sollte. Preußen hatte so lange hin und her geschwankt, sich so gründlich mit Allen überworfen, einen kühnen Gedanken so fahrlässig behandelt, daß die Logik von Olmütz eintrat. Daß Herr von Manteuffel in der schleswig-holsteinischen und kurhessischen Frage den guten Namen Preußens einsetzte, darüber mag die Geschichte ihr Urtheil sprechen; so viel ist ihm aber nachzurühmen, daß er nicht völlig die Besinnung verlor, daß in den Dresdner Conferenzen die altpreussische Politik sich sofort wieder geltend machte, daß das mitteleuropäische Kaiserreich nicht zu Stande kam, und daß Preußen, wenn auch mit einem Fleck auf seinem Wappen, doch in der alten Weise fortbestand. Daß es sich dadurch an Oestreich zu rächen suchte, es in der Reaction noch zu überbieten — was ihm theilweise nur zu gut gelang — das gehört nun gleichfalls der Geschichte an.

Der orientalische Krieg gab Oestreich die Gelegenheit zu zeigen, ob es seine neu erworbenen Kräfte auch in einem wirklichen Kampf wagen werde. Der Anfang sah kühn genug aus. Rasch entschlossen wandte es sich gegen Rußland, trat mit den Westmächten in näheres Verhältniß, und da die allgemeine Stimmung in Deutschland für den Krieg war, so schien ihm jetzt bei dem wiederholten Zaudern Preußens die Hegemonie dennoch zufallen zu müssen. Aber es hatte nicht den Muth, eine große Politik groß zu treiben, es wollte einen reichen Gewinn ohne alle Gefahr, und auch hier stellte sich wieder die Logik der Thatfachen ein: nach dem Frieden war es mit allen Großstaaten verfeindet, mit Rußland wegen seines Undanks, mit Preußen wegen seiner Drohungen, mit den Westmächten, weil es sie hatte übervorthellen wollen. Mit dem mitteleuropäischen Kaiserreich war es nun auf immer vorbei, und wenn es sich nicht gewaltsam verblendete, so mußte es schon seit einem Jahr deutlich voraussehen, daß der nächste Sturm von Italien aus ihm gelte.

Diesem Sturm zu begegnen gab es nur ein Mittel, eine enge Allianz mit Preußen. Kein Opfer war für diesen Zweck zu groß. Statt dessen buhlte es erst um die Gunst des Kaiser Napoleon; wandte sich, als hier keine Hoffnung mehr war, an die deutschen Mittelstaaten, um durch sie eine Majorität am Bundestag zu erlangen und Preußen zu einem legitimistischen Kreuzzug gegen den Bonapartismus zu zwingen; es begann den Krieg mit Uebermuth und schloß in dem Augenblick, wo Preußen wirklich entschlossen war, ihm, trotz allem was vorhergegangen, zu Hilfe zu kommen, mit Aufopferung eines Theils seines eigenen Gebiets einen schnellen Frieden, und hoffte nun die Rache an Preußen durch Frankreich in Erfüllung gehen zu sehen. In dieser blinden Ueberzeugung, mit Frankreich auf dem besten Fuße zu stehen, hat es Preußen

seitdem auf jede Weise gereizt, und erst seit dem Brief des Kaiser Napoleon an den Papst scheint ihm allmählig ein Licht darüber aufzugehen, daß nicht Preußen, sondern Oestreich der Betrogene ist.

Was es in dieser neuen Wendung zu thun gedenkt, wollen wir abwarten; ungleich wichtiger ist es, sich die nächste Aufgabe Preußens klar zu machen. Es ist jetzt die Stunde gekommen, wo Preußen sich darüber entscheiden muß, ob die Politik des großen Friedrich noch die seinige sein soll. Die Wahl wird ihm durch die gegenwärtige Sachlage sehr erleichtert. —

Es ist bereits soweit gekommen, daß in allen großen Lebensfragen zwischen Preußen und den übrigen deutschen Staaten ein fundamentaler Gegensatz herrscht: Preußen steht in Deutschland ganz isolirt und kann mit Bestimmtheit voraussehen, jeder von ihm eingebrachte Antrag werde am Bundestag verworfen, jeder von dem Gegner eingebrachte werde angenommen werden. Es wäre ungerecht, die Schuld dieses Verhältnisses Oestreich oder den Mittelstaaten, es wäre aber eben so ungerecht, sie Preußen aufzubürden: die Schuld liegt lediglich in der sinnwidrigen Vertheilung des deutschen Gebiets von 1814 und 1815. In den Zeiten der Stagnation konnten diese Uebelstände versteckt werden, sobald aber eine lebendige Bewegung begann, mußte sie immer unerträglich hervortreten. Das eben abgelaufene Jahr hat den Gegensatz der Ansichten zum klarsten Ausdruck gebracht.

Die Bundesacte bestimmt, daß ein Krieg, den Oestreich wegen seiner auswärtigen Besitzungen führt, kein Bundeskrieg sei; sie bestimmt aber zugleich, daß dieser eintrete, sobald Gefahr für das Bundesgebiet vorhanden sei, und daß die Mehrheit des Bundestags diese Gefahr zu constatiren habe. Im vorliegenden Fall wandte man diese Bestimmung gegen Preußen an, indem man durch Majorität constatiren wollte, daß Gefahr für das Bundesgebiet vorhanden sei, obgleich Preußen behauptete, es sei keine vorhanden, worin ihm auch der Ausgang Recht gegeben hat. Preußen gebrauchte damals den nicht ganz geschickten Ausdruck: es wolle sich nicht majorisiren lassen; eigentlich aber meinte es nur, es wolle nicht zugeben, daß durch formale Anwendung der Bundesbestimmungen materiell ein ganz neues Bundesrecht geschaffen werde. Denn nach dieser Methode konnte Preußen jedesmal, sobald Oestreich einen beliebigen Krieg anfing, durch die Majorität des Bundestags gezwungen werden, sich an diesem Kriege zu betheiligen. Da nun Oestreich in seinem Souverainitätsrecht, jeden beliebigen Krieg anzufangen, durch den Bundestag nicht im mindesten beschränkt wird, so sieht man, daß die Vertheilung eine sehr ungleiche ist, und daß Preußen alle Ursache hat, auf die genauere Feststellung eines Sakes zu dringen, der in dem jetzt beliebten Sinn aufgefaßt, es zum willenslosen Vasallen Oestreichs macht.

Der zweite Gegensatz bezieht sich auf die Kriegführung des Bundes. Preußen verlangte im entscheidenden Moment, daß die Contingente Norddeutschlands unter preußische Führung kommen, die Contingente Süddeutschlands dagegen unabhängig sein sollten; es würde gegen die Vereinigung der letzteren mit der östreichischen Armee nichts weiter eingewendet haben, wenn nicht in jener kritischen Lage, da Oestreich bereits den Krieg führte, während der Bundeskrieg noch nicht erklärt war, eine solche Vermischung unthunlich gewesen wäre. Preußen bemüht sich jetzt, diese Form der Bundeskriegsverfassung zu einer feststehenden zu machen, d. h. die norddeutsche Armee

unter Preußen, die süddeutsche unter Oestreich zu stellen, wie es in der That nicht bloß strategisch am zweckmäßigsten ist, sondern wie es auch geschichtlich die Regel war. Gegen diese Zweckmäßigkeitsgründe erhebt sich aber der Wortlaut der Bundesacte: der Bundestag soll einen Oberfeldherrn stellen, der von ihm in Eid und Pflicht genommen wird, und dem die Heere aller deutschen Staaten untergeben sind. Diese Bestimmungen haben bekanntlich noch keine Probe ausgehalten. Das factische Verhältniß würde sich jetzt so herausstellen, daß Preußen seine Armee einem Bundesfeldherrn unterwerfen soll, auf dessen Ernennung und auf dessen Controlle es nicht den geringsten Einfluß hat. Wir bestreiten nicht das formale Recht derjenigen, die diese Ansicht verfechten, die sie sogar bereits im Frieden auszuführen gedenken; aber hier ist einmal einer von den Punkten, wo das formale Recht so gegen die Thatfachen streitet, daß es zu behaupten soviel heißt, als den offenen Bruch herbeiführen.

Ein dritter Punkt liegt noch näher. Allgemein hat sich das Bedürfniß herausgestellt, die Küsten der Ost- und Nordsee gegen eine feindliche Invasion zu besetzen. Um dies ins Werk zu setzen, beruft Preußen eine Conferenz der Staaten, welche die Sache zunächst angeht. Dagegen bringt die Würzburger Conferenz die Sache an den Bund, und in Folge dessen schließt sich Hannover von jener Conferenz aus. — Abstract betrachtet wäre es ganz in der Ordnung, daß die Vertheidigung der deutschen Küsten vom Bunde ausgehe; denn unter der Wehrlosigkeit derselben leidet Süddeutschland ebenso wie Norddeutschland. Es ist billig, daß Süddeutschland zu den Kosten beiträgt und es ist ebenso billig, daß es sich durch das Organ des Bundes Garantien dafür geben läßt, daß die Befestigungen wirklich ausgeführt werden. Wären die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten, wie sie sein sollten, so würde Preußen nichts dagegen haben können; denn es verstünde sich von selbst, daß ihm die Leitung der Ostseevertheidigung ausschließlich, an der Leitung der Nordseevertheidigung wenigstens ein wesentlicher Antheil übertragen würde. Bei der gegenwärtigen Gesinnung des Bundestags aber kann ihm Niemand dafür stehen, daß man ihm nicht eine östreichische Besatzung nach Pommern legt, und es wird sich um so weniger auf die ganzen Verhandlungen einlassen können, da Oestreich in Bezug auf das adriatische Meer ihm schwerlich eine Gegenseitigkeit zugestehen würde. Ohnehin ist der Ausgang der deutschen Flotte nicht sehr ermutigend für dergleichen Unternehmungen von Seiten des Bundes.

Unter diesen Umständen ist es zu begreifen und zu rechtfertigen, wenn in der preußischen Thronrede als das Wesentliche in der Stellung Preußens gegen den deutschen Bund die Abwehr der Uebergriffe desselben angegeben, wenn die Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 unter dieselbe Kategorie gestellt wird. Denn hier lag in der That ein Uebergriff des Bundes vor, an dem Preußen leider mitschuldig war, und diese Mitschuld mußte es zunächst von sich abschütteln, wenn es gegen den Bund eine Rechtsstellung einnehmen wollte.

Aber wie wenig ziemt diese rein abwehrende, defensive Stellung gegen den Bund einem Staat, der eigentlich dazu berufen wäre und sich auch dazu berufen fühlt, die Leitung desselben zu übernehmen! Es ist durchaus nöthig, sich dies Verhältniß klar zu machen. Preußen ist nicht der Angreifer, es befindet sich in diesem Augenblick im Stande der Nothwehr. — Und warum wird es angegriffen? Etwa wegen der Bewegungen innerhalb der liberalen Partei, die sich für Preußen günstig

ausprechen? — Vielmehr weil mit mehr oder minder Klarheit jetzt alle Welt davon überzeugt ist, daß Preußen durch seine geographische Lage gezwungen wird, eine Veränderung seines Territorialbestandes, eine Abrundung desselben zu wünschen, sie demnächst zu wollen, und, wenn man ihm nicht frühzeitig Hindernisse in den Weg legt, sie auch durchzuführen. Von beiden Seiten scheut man sich es auszusprechen — und wohl uns Deutschen, daß wir diese Scheu noch haben! — man scheut sich auszusprechen auf der einen Seite: Preußen ist zu klein! auf der andern: Preußen ist zu groß für Deutschland! Aber auch diese gerechte und heilige Scheu wird die Thatsache nicht aufheben können, daß Preußen entweder zu groß oder zu klein für Deutschland ist.

Nirgends fühlt man das so lebhaft als in Hannover, und die neuliche höchst unumwundene Andeutung des Ministers von Borries: er werde eine Eisenbahn hintertreiben, die Preußen zur Verbindung seiner getrennten Landestheile brauche, eben weil sie Preußen nützlich sei, spricht nur offen aus, was lange gedacht wurde. In dieser Beziehung ist Preußen viel schlimmer daran, als der kleinste deutsche Staat; denn wenn die bisherige mitteldeutsch-österreichische Coalition fort dauert, so kann es leicht dahin kommen, daß man die westlichen Provinzen Preußens von den östlichen factisch völlig losreißt.

Bisher hat man sich immer auf den Zollverein gestützt; aber der Zollverein, auch das muß man sich klar machen, geht seiner Auflösung entgegen. Wenn ihn die übrigen Staaten nicht kündigen, so wird ihn Preußen kündigen müssen; denn es ist nicht möglich, die preussischen Interessen auf die Dauer einem Verein anzuvertrauen, dessen Mitglieder zum Theil ihre Lösung in Wien empfangen. Auf den Wunsch derselben aber, Oestreich in den Verein aufzunehmen, kann schon darum nicht eingegangen werden, weil eine gemeinsame Geldwirthschaft mit Oestreich die preussischen Finanzen nicht verbessern würde.

Man klage uns nicht an, daß wir die Sachen schwärzer darstellen als sie sind; es steht in diesem Augenblick so schlimm mit Deutschland, wie es nur je gestanden hat. Zwar wäre die Lösung zu finden, und eine friedliche, gedeihliche Lösung, wenn man sich von allen Seiten ernsthaft darum bemühte, wenn jede einzelne Regierung sich klar machte, daß sie um des Ganzen willen etwas von ihren auch noch so gerechtfertigten Ansprüchen fallen lassen müsse. So lange sich aber noch der Instinct behauptet, jeder Fortschritt Preußens sei ein Nachtheil Deutschlands, so lange werden wir in jedem Augenblick die Gefahr eines Bruchs vor uns haben.

Daß in diesem kritischen Augenblick Preußen seine Heerverfassung reformirt, zeigt augenscheinlich, daß es vorläufig noch an keine Gefahr denkt. Die Nothwendigkeit der Reform hat sich bei der neulichen Mobilmachung klar herausgestellt; ob der Plan des neuen Kriegsministers dem des alten vorzuziehen sei, darüber müssen wir uns für jetzt jedes Urtheils enthalten. — Aber mit der militärischen Umgestaltung allein wird es nicht abgethan sein. Um seine Kräfte zu entfalten, bedarf Preußen einer einheitlichen Regierung, und diese ist gegenwärtig nur sehr theilweise vorhanden. Noch hat das neue Ministerium nichts gethan, die widerstrebende Bureaucratie wirklich unter seine Leitung zu nehmen; über eine Reform der Kreisverfassung, die in ihrem bisherigen Bestand dem allgemeinen Verfassungsleben aufs gründlichste widerspricht, enthält die Thronrede nur eine unbestimmte Andeutung; über die eben so wichtige

Reform der Provinzialverfassung gar keine. Ueber den schwierigsten Punkt, wie es mit dem Herrnhause gehalten sein soll, das entschlossen zu sein scheint, jedes liberale Gesetz zu verwerfen, darüber scheint man noch gar nicht nachgedacht zu haben. Und Preußen, bedroht von allen Seiten, ist gar nicht in der Lage, die Zustände sich selbst entwickeln zu lassen und in stiller Beschaulichkeit die Dinge abzuwarten, die da kommen sollen; der Landtag hat die dringende Aufgabe, die Minister an die Nothwendigkeit eines energischen Handelns zu erinnern. — Es hat uns gefreut, daß, wie sich bei der Präsidentenwahl zeigte, die liberale Partei mit der ultramontanen endlich gebrochen hat, denn wir sahen mit Bestimmtheit voraus, daß in kürzester Frist der Ultramontanismus Preußens größter Feind, der wirksamste Hebel in den Händen seiner Gegner sein wird. Nachdem der Kaiser Napoleon dem Papst offen den Fehdehandschuh hingeworfen, nachdem überall in Deutschland die Leiter der katholischen Kirche die Staaten, zu denen sie gehören, zu einer von den Bestimmungen des tridentinischen Concils abhängigen Politik treiben wollen, kann keine Regierung mehr darauf rechnen, zugleich den Beifall der Liberalen und der Ultramontanen zu erwerben: es muß gewählt werden. Auch dürfte es keineswegs genügen, den ultramontanen Anmaßungen von außen zu begegnen, es kommt vielmehr darauf an, gegen sie den Protestantismus zu neuem Leben aufzurufen. Der Weg, den der preussische Cultusminister bisher eingeschlagen, führt nicht zum Ziel: es kommt z. B. nicht bloß darauf an, ob seine Ansichten über das Erziehungswesen abstract genommen die richtigern sind, sondern ob sie Wurzel im Lande haben. Der Protestantismus gedeiht nicht durch bürokratisches Besserwissen, sondern nur durch Freiheit. Die protestantische Kirche in Ungarn gibt uns davon ein gutes Beispiel.

Vor allem aber thut Preußen ein Noth, wenn es seine Stellung in Deutschland und in Europa wiedergewinnen will: es muß sich in Bezug auf die großen Fragen eine bestimmte Meinung bilden und mit dieser Meinung offen heraustreten. Seine bisherige Methode, sich in tiefes Geheimniß einzuhüllen und abzuwarten, was die Zukunft in ihrem Schooß birgt, hat es nicht gefördert. Alle Angriffe, denen es ausgesetzt war, rühren von dem Glauben an seine Schwäche her: von dem Glauben, daß es überhaupt keine Meinung habe. Diesen Glauben muß es gründlich widerlegen; nur so wird es ihm gelingen, zunächst innerhalb der europäischen Großmächte sich einen Halt zu verschaffen und damit auch seine Stellung in Deutschland aufzuklären. Denn wenn es bisher seine deutsche Stellung hinter seiner europäischen verschanzte, so konnte man ihm von deutscher Seite mit gutem Tug erwidern: die letztere beruhe nur auf der Einbildung; dieser Einwand wird aber wegfallen, sobald Preußen den übrigen Großmächten gegenüber sich bereit zeigt, etwas zu wollen und, was dazu gehört, an diesen Willen etwas zu setzen. † †